

An den
Landesvorstand der SPD in Nordrhein-Westfalen

Kavalleriestraße 16

40213 Düsseldorf

Stellungnahme zur bildungspolitischen Position des SPD-Landesvorstandes NRW zur Schulstruktur (Leitantrag für den bildungspolitischen Parteitag am 25.8.2007)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

wir schreiben Ihnen und Euch als SPD-Mitglieder, die über Jahrzehnte mit unserer Partei verbunden sind und ihre Arbeit an ganz unterschiedlichen Stellen mitgestaltet haben, oder als Bürger, die über Jahre hinweg die Entwicklung der SPD mit Sympathie und Offenheit begleitet haben. Wir alle arbeiten im Bildungsbereich und sind in der Schul- bzw. Seminarleitung oder in anderen Funktionen in Gymnasien oder Studienseminaren tätig. Unsere Intervention beruht auf diesen Erfahrungen und der langjährigen Beobachtung der Entwicklung in dieser Schulform, aber auch in den anderen Schulformen sowie der bildungspolitischen Diskussion zur Schulstruktur insgesamt.

Wir haben mit Sorge die Diskussion um die bildungspolitische Neuorientierung der nordrhein-westfälischen SPD in den letzten Monaten im Hinblick auf die Reform der Schulstruktur in der Sekundarstufe I verfolgt.

Wir stimmen mit der Grundannahme des Antrags überein, dass eine neue Positionierung der nordrheinwestfälischen SPD in der Schulstrukturfrage erforderlich ist. Wir lehnen die Position von CDU und FDP ausdrücklich ab, die glauben, man könne das viergliedrige Schulsystem in NRW mit seinen unbestreitbaren Krisenentwicklungen im Hinblick auf die Zielnormen Leistung und soziale Gerechtigkeit konservieren.

Diese Parteien wollen das viergliedrige Schulsystem allein über eine besondere Unterstützung der Hauptschulen und allgemeine Ansagen zu einer verbesserten Durchlässigkeit und intensiveren individuellen Förderung stabilisieren. Zielgerichtetes Handeln zu einer Reform der Schulstruktur ist auch aus unserer Sicht dringend geboten, weil wir es für unverzichtbar halten, die Bildungsleistungen und Bildungschancen gerade von Kindern aus sozial benachteiligten oder bildungsfernen Familien deutlich zu verbessern.

Wir halten aber die in dem Antrag angestrebte flächendeckende und verbindliche Einführung der Gemeinschaftsschule mit der langfristigen Zielrichtung einer integrierten S-I-Schule für sachlich verfehlt, in der Breite der Gesellschaft und in der Gesamtheit der in Schule Arbeitenden nicht vermittelbar und letztlich politisch für nicht durchsetzbar.

Der vorliegende Antrag beruft sich bei seinen Festlegungen für die Reform der Schulstruktur mit der Zielrichtung der flächendeckenden Gemeinschaftsschule immer wieder zu Unrecht auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Ergebnisse aus PISA und anderen internationalen Studien. Diese Studien haben aber lange Zeit entgegen einseitigen Interpretationen keine tragfähigen Erkenntnisse für bestimmte Modelle der Schulstruktur in Deutschland erbracht.

Erst im Jahre 2006 haben die PISA-Forscher (Baumert u.a.) schlüssig und abgesichert begründet, dass zumindest viergliedrige Schulsysteme wie in NRW sowohl im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit wie im Hinblick auf eine positive Leistungsentwicklung zu gravierenden Fehlentwicklungen führen. Für eine Einführung der Gemeinschaftsschule gibt es aber keine wissenschaftliche Begründung. Das Jahresgutachten 2007 des Aktionsrats Bildung, dem mit den Professoren Bos und Prenzel zwei führende Bildungsforscher der genannten internationalen Studien angehören, fordert in der Konsequenz:

„Der Sekundarbereich wird zweigliedrig (Sekundarschule und Gymnasium) angeboten. ... Eine Zusammenführung aller Schulformen im Sekundarbereich I findet nicht statt, weil es für die positiven Effekte im deutschen Bildungssystem keine Evidenzen gibt.“ (Bildungsgerechtigkeit, Jahresgutachten 2007 S. 147)

Dieser Vorschlag wird durch die abschließende PISA-Studie (s.o.) untermauert, die feststellt, dass eine zunehmende schulstrukturelle Differenzierung wie in dem viergliedrigen Schulsystem in NRW

„intentionswidrig das Risiko (erhöht), dass an einzelnen Schulen Lern- und Entwicklungsmilieus entstehen, die zu einer kumulativen Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern führen. Diese Problemgruppe ist in zweigliedrigen Schulsystemen praktisch nicht anzutreffen.“

Im Ergebnis gibt es also allen Grund, die Reform der Schulstruktur in der Sekundarstufe I jetzt anzugehen – in ganz Deutschland und in möglichst breitem gesellschaftlichen Konsens. Nicht haltbar ist es so zu tun, als sei die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule die einzig mögliche Konsequenz aus PISA, um bessere Leistungen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Wir plädieren für ein zweigliedriges Schulsystem, wie es in einer Reihe von ostdeutschen Bundesländern bereits gut funktioniert und jetzt in Hamburg mit einem weitgehenden Konsens mit der SPD auf den Weg gebracht wird.

Renommierte Pädagogen von Klaus Hurrelmann bis Dieter Lenzen sprechen sich seit Jahren dafür aus. Beide Schulformen müssen vergleichbar ausgestattet und es muss eine Durchlässigkeit bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife gegeben sein.

Gegen eine flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule und für ein zweigliedriges Schulsystem sprechen nach unserer Einschätzung die folgenden Argumente:

Die Gymnasien haben sich in den letzten dreißig Jahren grundlegend verändert und gerade deshalb eine sehr hohe Akzeptanz bei den Eltern und im weiteren gesellschaftlichen Umfeld erreicht. Die Wiederholerquoten und die Abbruchquoten sind erheblich gesunken, das pädagogische Klima hat eine hohe Akzeptanz erreicht, die Übergangsquoten verweisen auf einen breiten Zuspruch in der Bevölkerung. Wir sehen deshalb nicht, dass die SPD eine Mehrheit der Eltern, der Lehrkräfte und der Bevölkerung insgesamt für eine Überführung der Gymnasien in die Gemeinschaftsschule gewinnen kann.

Erschwerend kommt dabei hinzu, dass der SPD-Antrag mit seiner massiven Forcierung von Oberstufenzentren die Langzeitschulformen Gymnasium und Gesamtschule zerschlagen will.

Gerade die Verbindung von Sekundarstufe I und gymnasialer Oberstufe in einer Schule hat aber zu Recht in allen Bundesländern eine hohe Akzeptanz erreicht. Die zeitweilig in Bremen und Hessen eingeführten Oberstufenzentren sind nicht ohne Grund gescheitert.

Der Antrag bleibt zudem alle inhaltlichen Klärungen über die Bedingungen einer zwölf- bzw. dreizehnjährigen Schulzeit sowie über Zukunftsvorstellungen zur Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe schuldig. Durch die Schulzeitverkürzung im Gefolge der Beschlüsse bereits der alten Landesregierung im Jahre 2003 ist aber bereits jetzt eine Entwicklung in Richtung auf ein zweigliedriges Schulsystem eingeleitet.

Der Antrag stellt zu Recht fest, dass eine Reform der Schulstruktur einen breiten bildungspolitischen Konsens voraussetzt. Dieser Konsens wäre aber nicht nur für ein „vollständig integratives System“ in der Sekundarstufe I, sondern ebenso für die Gemeinschaftsschule notwendig.

Dieser bildungspolitische Konsens müsste möglichst mit allen im Landtag vertretenen Parteien organisiert werden, zumindest aber die konservative Volkspartei mit umfassen, wie es in der entsprechenden Enquetekommission der Hamburger Bürgerschaft weitgehend erreicht worden ist.

Einen solchen Konsens durch unverbindliche Erkundungsgespräche mit „Vertreterinnen und Vertretern der Schulen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Städte und Gemeinden“ an den im Landtag vertretenen Parteien und den maßgebenden Lehrer- und Elternverbänden vorbei herstellen zu wollen, ist aus unserer Sicht weltfremd.

Die SPD riskiert mit ihrem vom Landesvorstand beschlossenen Modell der flächendeckenden Gemeinschaftsschule auf lange Zeit alle Chancen zu verpassen, endlich die dringend notwendige Schulstrukturreform für NRW einer Realisierung näher zu bringen und die jetzige Landesregierung dabei entsprechend unter Druck zu setzen.

Es sollte zudem nicht vergessen werden, dass die SPD bereits 1978 mit dem Modell der kooperativen Schule an einem von der damaligen Opposition organisierten Volksbegehren gescheitert ist. Wie sich in Berlin abzeichnet, ist heute die Zustimmung zu einem solchen Modell nicht höher. Bereits die Kommunalwahl 2009 könnte zu einer für die SPD nicht zu gewinnenden Abstimmung gegen die Auflösung vor allem der Gymnasien werden. Diese Einschätzung setzt sich auch bei den SPD-Kommunalpolitikern zunehmend durch. Mit einem schulstrukturellen Polarisierungskurs wird man auch die nächste Landtagswahl nicht gewinnen können.

Franz Müntefering hat in einem Interview im April dieses Jahres von der Oppositionssehnsucht als einer historischen Schwäche der SPD gesprochen. Wir meinen, dass sich die SPD in NRW mit der im Antrag vorgesehenen Positionsbestimmung in eine **strukturelle Minderheitenposition** begibt. Es geht für die SPD um die Entscheidung zwischen einem vermeintlichen „Besser-Wissen“ und einem realen „Besser-Machen“. Wir wissen als SPD-Mitglieder, aber auch als Beteiligte in der bisherigen schulpolitischen Diskussion, dass eine aussichtsreiche Initiative zur Schulstrukturreform gerade angesichts des konservativen Beharrungsvermögens von CDU und FDP jetzt zwingend geboten ist. Es kann uns deshalb nicht gleichgültig sein, dass sich die SPD von einem konkreten Gestaltungswillen in dieser Frage verabschiedet. Dieter Wunder, der ehemalige Bundesvorsitzende der GEW, hat vor kurzem in einem schulpolitischen Kommentar zur Schulstrukturdebatte für die Hamburger Lösung eines zweigliedrigen Systems plädiert und abschließend festgestellt:

„In den Schulstrukturdiskussionen sollte es nicht primär um eigene Ziele und Überzeugungen gehen, sondern darum, welche Chancen Kindern und Jugendlichen in diesen Jahren tatsächlich eröffnet werden können, sich bessere Bildung als bisher zu erwerben.“

Im Ergebnis stellen wir noch einmal fest: Wir halten die Vorschläge in dem vorliegenden Antrag für eine Schulstrukturreform weder für hinreichend begründet noch für vermittelbar und politisch durchsetzbar. Sie unterhöhlen ein in langen Jahren gewachsenes Vertrauen in eine verlässliche und auf einen breiten Konsens ausgerichtete Bildungspolitik der SPD und führen zurück in die alten Gräben. Sie verhindern jede Verbesserung der Bildungsleistung für Kinder sozial Schwächerer, weil sie real machbare Alternativen ausklammern und auf Illusionäres verweisen. Sie werden eher dazu führen, dass die Fehler der amtierenden Regierung relativiert werden, denn sie liefern ihr eine politische Vorlage, um all diejenigen hinter sich zu versammeln, die keinen Strukturbruch mit unbekanntem Folgen riskieren wollen.

Wir plädieren deshalb für ein Besser-Machen und eine Beschlussfassung der SPD, die einen breiten bildungspolitischen Konsens anstrebt. Diese sehen wir nur bei einem zweigliedrigen Schulsystem gewährleistet. Für diese Linie werden wir uns auch unabhängig von der anstehenden Beschlussfassung auf dem SPD-Parteitag weiter einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

Dr. Siegfried Bethlehem (Gütersloh)	Dr. Luise Berg-Ehlers (Bochum)
Brigitte Binke-Orth (Bielefeld)	Vera Bittner (Düsseldorf)
Marion Blome (Oerlinghausen)	Dr. Wolfgang Diepenthal (Wuppertal)
Martin Fugmann (Oerlinghausen)	Dr. Martin Gerling (Leverkusen)
Heinz-Hermann Haar (Meinerzhagen)	Gerd Kranzmann (Bielefeld)
Hartmut Lenhard (Detmold)	Ruth Leutheußer-de Vries (Bielefeld)
Thomas Ostermann (Gütersloh)	Dr. Peter Pahmeyer (Detmold)
Karin Park-Luikenga (Münster)	Monika Pfänder (Düsseldorf)
Josef Scheele-von Alven (Bielefeld)	Friedrich Schepsmeier (Rahden)
Karl-Friedrich Schmidt (Minden)	Heinz Senf (Bochum)
Antje Solty (Gütersloh)	Ernst Volland (Verl)
Gisela von Alven (Bielefeld)	Dr. Alexander Wildermann (Recklinghausen)